23. April 2021

KW 16: Corona vs. Kultur: Wann wird es besser, Kultur macht stark, Wanderausstellung: Jüdischer Alltag, …

… Ausschreibung: Mentoring für Frauen in Führungspositionen, neue Politik & Kultur, Text der Woche, Die zehn neuesten politische Stellungnahmen, Kulturrat sucht studentische/n Mitarbeiter/in

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Älteren unter den Leserinnen und Lesern dieses Newsletters werden sich vielleicht an den von Rudi Carell gesungenen Schlager »Wann wird's ‚mal wieder richtig Sommer, Ein Sommer, wie er früher einmal war?« erinnern. Und irgendwie entfährt auch mir manchmal dieser Seufzer, wann wird es endlich so wie früher? Wann endet diese vermaledeite Pandemie endlich? Wann sind wieder Treffen möglich? Wann endlich können die Theater, Museen und vielen anderen Orte der Kultur endlich wieder öffnen? Und wann, wann wird ein Normalzustand eintreten?

Zuerst einmal gelten ab heute verbindlich und bundeseinheitlich Regeln, was bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 100 je 100.000 Einwohner in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt gilt. Es ist richtig und war absolut notwendig, dass mit der Reform des Infektionsschutzgesetzes bundesweite Regelungen zur Eindämmung der Pandemie verabschiedet wurden. Die Maßnahmen werden hoffentlich schnell Wirkung zeigen.

Im neuen § 28b des Infektionsschutzgesetzes ist ab einer Inzidenz von 100 geregelt:

- dass Ausgangssperren von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr gelten,
- dass Freizeiteinrichtungen, wozu auch Diskotheken und Clubs zählen, geschlossen sein müssen,
- dass Ladengeschäfte geschlossen werden müssen, es sei denn, sie bieten Waren des täglichen Bedarfs an, wozu auch Buchhandlungen zählen,
- dass Kultureinrichtungen, namentlich Theater, Opern, Konzerthäuser, Bühnen, Musikclubs, Kinos mit Ausnahme von Autokinos, Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten, für das Publikum nicht öffnen dürfen. Probebetrieb beispielsweise in Theatern ist möglich und Filme können unter strengen Hygieneauflagen gedreht werden.

Aber nicht alle Regelungen im neuen Infektionsschutzgesetz sind mir einsichtig. Dass bei einer Inzidenz von mehr 100 grundsätzlich keine Open-Air-Kulturveranstaltungen, selbst unter strengsten Hygienevorgaben, durchgeführt werden dürfen, ist nicht nachvollziehbar.

Leider ist es nicht gelungen hierfür eine Regelung im Gesetz zu verankern.

Die Außenanlagen von Botanischen Gärten und Zoos dürfen auch bei Inzidenzen über 100 öffnen. Das sei ihnen von Herzen gegönnt und ist gerade auch in großen Städten, in denen viele Menschen beengt leben, sehr wichtig. Allerdings gilt mit Blick auf die Kultur zu berücksichtigen, dass in der Gesetzesbegründung zu § 28 a, Abs. 2 Nr. 7 des Infektionsschutzgesetzes auf den Werk- und Wirkbereich der Kunstfreiheit explizit eingegangen wird. Die Kultur wird durch Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, also durch die Kunstfreiheit, besonders geschützt. Ähnlich den Religionsgemeinschaften, die aufgrund ihres besonderen grundgesetzlichen Schutzes einer Sonderregelung unterliegen, wäre dies auch für Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel wünschenswert gewesen. (Siehe Stellungnahme des Kulturrates zur Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages am 16.04.2021)

Zumal mit dem Kultursommer 2021, einem Programm der Kulturstiftung des Bundes aus Mitteln von NEUSTART KULTUR, im Freien stattfindende Kulturveranstaltungen in Kommunen und Landkreisen gefördert werden sollen. Mit diesem Programm sollen neue bzw. zusätzlich entwickelte Kulturprogramme im öffentlichen Raum unterstützt werden, die ab Juni 2021 veranstaltet werden. Das Programm soll insbesondere dazu dienen, lokalen und regional arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern sowie freien Gruppen Präsentationsmöglichkeiten zu bieten, freie Akteure breit zu beteiligen, Angebote für ein junges Publikum zu unterbreiten und anderes mehr. Antragsberechtigt waren Städte und Landkreise. Zahlreiche Bewerbungen mit spannenden Konzepten wurden eingereicht und die Jury hat die schwierige Qual der Wahl die zur Verfügung stehenden 30,5 Millionen Euro an die Richtigen zu vergeben.

Föderalismuskrise

Dennoch eines darf nicht vergessen werden, dass eine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes und eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich wurde, liegt in erster Linie daran, dass das vorherige Verfahren immer schlechter funktionierte. Zwar einigten sich die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen und die Bundeskanzlerin in zähen, über Stunden dauernden Verhandlungen auf ein gemeinsames Vorgehen, doch kaum gingen die Verantwortlichen auseinander, verkündete der eine oder andere Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin im eigenen Land doch anders zu verfahren. Es gipfelte schließlich in der vor Ostern beschlossenen Osterruhe, die einen Tag später wieder zurückgenommen wurde.

Ja, das Infektionsgeschehen zwischen den Ländern ist unterschiedlich, aber auch innerhalb der Länder kann keineswegs von einem einheitlichen Bild gesprochen werden. Diese Unterschiedlichkeit darf aber nicht dazu führen, dass eigene Beschlüsse im Handumdrehen

revidiert werden.

Das Handeln des Bundes offenbart das mangelnde Handeln der Länder. Sie hätten es in der Hand gehabt, durch konsequentes Umsetzen oder auch Verschärfen von Regeln das Infektionsgeschehen in Schach zu halten. Hamburg beispielsweise hat schon am 2. April eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet und die Erfolge sind inzwischen (Stand 22. April) an sinkenden Inzidenzen abzulesen. Die Ausgangssperre ist sicherlich nur ein Erfolgsfaktor, dass er wirken kann, war aber auch in anderen europäischen Ländern zu sehen.

Dass die Kanzlerin im Fernsehen verkündet hatte, eigene Schritte zu überlegen, sollten die Länder nicht aktiv werden, hätte die Länder eigentlich auf den Plan rufen müssen, gemeinsam und einheitlich Regeln zu vereinbaren und umzusetzen, was bei einer Inzidenz über 100 gilt. Sie hätten zeigen können, dass sie willens und fähig sind, gemeinsam diese Pandemie zu bekämpfen. Leider scheint dieser gemeinsame Wille nicht vorhanden zu sein. So lockert der eine und erklärt gleich ein ganzes Bundesland zu einem Modellprojekt und der andere verschärft. Den Durchblick, was wo wann und warum gilt, hat kaum noch jemand.

Seit einem Jahr ist immer wieder die Rede davon, dass durch die Pandemie Schwachstellen oder Dysfunktionalitäten sichtbar werden. Auch wir haben immer wieder Beispiele aus dem Kulturbereich angeführt. Deutlich sichtbar werden ebenfalls die Dysfunktionalitäten im Föderalismus. Mehr Gesamtverantwortung für das Gemeinwesen, das nicht an der eigenen Landesgrenze endet, wäre der Schritt der Länder in die richtige Richtung. Doch das ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, der Buhmann ist gefunden, der Bund ist schuld und vor allem übergriffig. Schade, mehr Gemeinsinn wäre eigentlich das richtige Signal in einer Zeit, die allen viel abverlangt.

Wo bleibt das Positive?

Positiv ist, dass es mit dem Impfen langsam, aber stetig vorangeht. Hier scheint der Wettbewerb zwischen den Ländern zu gelingen, denn jeder möchte deutscher Impfmeister werden. Sehr erfreulich ist auch, dass die Mittel aus NEUSTART KULTUR auch im Jahr 2022 verwendet werden dürfen und die Abrechnung im Jahr 2023 erfolgen kann. Vielen Programmverantwortlichen wird ein Stein vom Herzen gefallen sein, bestand doch die Sorge, dass in diesem Jahr sehr viel Geld ausgeschüttet werden muss und dafür im kommenden Jahr aufgrund der Bundestagswahl und der abzusehenden vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Programme aufgelegt werden können. Jetzt besteht die Möglichkeit auf längere Sicht, Programme anzulegen und damit dem Kulturbereich eine Perspektive auch nach der Krise zu geben.

#allesdichtmachen

Abschließend noch eine Bemerkung zur Aktion #allesdichtmachen. 50 prominente Film- und Fernsehschauspieler haben gestern Abend auf Instagram und YouTube persönliche Statements zur Coronapolitik der Bundesregierung veröffentlicht. Diese ironisch-satirischen Clips sind meiner Meinung nach in der aktuellen Debatte nicht hilfreich. Die Filmchen können hier gesammelt abgerufen werden.

Ihr

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
Twitter: olaf_zimmermann

PS. „Kultur macht stark“, das im Jahr 2013 startete, geht in die 3. Runde. Das Programm geht auf eine Idee des Deutschen Kulturrates zurück. Seit dem Start des Programmes des Bundesbildungsministeriums wurden fast eine Million Kinder und Jugendliche erreicht und mehr als 30.000 Projekte durchgeführt. Im Programm „Kultur macht stark“ werden die Projektmitttel über bundesweit tätige Verbände und Initiativen vergeben. Dieses erfolgreiche Einbinden der organisierten Zivilgesellschaft war auch Vorbild bei NEUSTART KULTUR.

Einige Presseartikel zur aktuellen Corona-Lage

- Kulturszene fürchtet längeren Stillstand, Süddeutsche Zeitung 22.04.2021
- Der Wert der Kultur – Reaktionen auf das Infektionsschutzgesetz, WDR 22.04.2021
- Neues Infektionsschutzgesetz: Protest aus der Kulturszene, NDR Kultur 21.04.2021
- Wahlen gewinnt man eben eher im Baumarkt als im Theater, RBB 21.04.2021
- Pandemie + Künstlersozialkasse: Bloß nicht mehr als 450 Euro verdienen! Süddeutsche Zeitung 19.04.2021
- Künstler in der Pandemie : Eigeninitiative wird bestraft, FAZ 12.04.2021
- Was bleibt nach Corona von unseren Rockfestivals, Theaterabenden und Ausstellungen? Südkurier 11.04.2021

Wanderausstellung: Jüdischer Alltag in Deutschland

Bis zum 30.04. für die Ausstellung der zehn prämierten Bilder des Fotowettbewerbs „Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland“ bewerben

Mit der Auslobung des Fotowettbewerbs „Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland“ war von vornherein geplant, die zehn Gewinnerfotos als Ausstellung auf Reise durch die Bundesrepublik zu schicken.

Interessierte Institutionen und Organisationen in allen Regionen Deutschlands können sich hierfür bei der Initiative kulturelle Integration formlos bis zum 30. April 2021 unter **integration@kulturrat.de** bewerben.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Initiative kulturelle Integration lobten am 8. Oktober 2020 den bundesweiten Fotowettbewerb aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzten und die Lebendigkeit und Vielfalt jüdischen Lebens in der Mitte unserer Gesellschaft zu zeigen. Die Jury hat die zehn prämierten Fotos aus über 650 Einreichungen ausgewählt.

Die zehn prämierten Fotos sowie weitere Informationen zu der Wanderausstellung finden Sie **hier**.

Ausschreibung: Mentoring für Frauen in Führungspositionen

Der Deutsche Kulturrat (Projektbüro Frauen in Kultur & Medien) schreibt heute das Mentoring-Programm für Frauen in Führungspositionen aus. Es ist bereits die fünfte Runde des **1:1 Mentoring**. Das Programm richtet sich an hochqualifizierte Frauen, die eine Führungsposition im Kultur- und Medienbereich anstreben und auf mindestens zehn Jahre Berufserfahrung zurückblicken. Eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Insgesamt stehen **26 Mentorinnen und Mentoren** aus den Bereichen: Verlag, Kino, Oper, Design, Kommunikation, Theater, Musik, Bildende Kunst, Museum, Journalismus, Stiftung, Bibliothekswesen, Kultur- und Personalmanagement, Verwaltung sowie kulturelle Bildung zur Verfügung.

- **Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2021**.
- Im September starten die Tandems dieser fünften Runde.
- Das 1:1 Mentoring-Programm läuft über sechs Monate.
- Die **Ausschreibung** finden Sie hier auf der Website des Deutschen Kulturrats.

Nächste Woche neu: Politik & Kultur Mai 2021

Themen:

- Arbeiterkultur: Zwischen Tradition und Moderne. Wie arbeiten wir?
- Corona vs. Kultur: Wo bleibt das Positive? Wann können die Kulturorte wieder öffnen? Wann wird ein Normalzustand eintreten?
- Meinungsfreiheit: #MehralsmeineMeinung, Börsenverein, Buchhandlungen und Verlage machen sich für vielfältige Gesellschaft stark
- EU-Kulturagenda: Mehr Budget, mehr Kultur – Wie geht das Förderprogramm Kreatives Europa der EU jetzt weiter?
- Rundfunk: Einheitliche Plattform – Die Länder wollen ARD, ZDF und Deutschlandradio endlich reformieren

In dieser Ausgabe:

- Barbara Gessler
- Jürgen Kocka
- Christina Ramb
- Andreas Reckwitz
- Alexander Skipis
- und viele andere

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).

Text der Woche: Johannes Ebert „Die AKBP ist ein multipolares Geflecht – Einige Gedanken zur Verschmelzung von Innen und Außen in der Kulturpolitik und zur

Rolle des Goethe-Instituts“

„Alles hängt mit allem zusammen.“ Nie war Alexander von Humboldts berühmtes Diktum offensichtlicher als heute: Wenn in Brasilien der Regenwald brennt, wirkt das auf das Klima weltweit. Als in Syrien der Krieg begann, flohen Millionen von Menschen: in die Nachbarländer, nach Europa, in die USA. Als sich auf einem Markt in Wuhan ein Mensch mit einem Virus infizierte, war sechs Monate später die ganze Welt betroffen.

Auch wenn die Autokraten dieser Welt die nationalen Grenzen hochziehen wollen, ist angesichts der globalen Verflechtung aller Lebensbereiche das Vergebliche solcher häufig konfrontativen Maßnahmen doch offensichtlich. Folgerichtig wird auch in der Kulturpolitik seit Längerem darüber diskutiert, wie diese zu gestalten sei, wenn die Grenzen zwischen Innen und Außen immer mehr aufgehoben werden. Diese Frage ist auch deshalb wichtig, weil Kultur Abbild und Reflexionsraum der realen Welt ebenso wie Gestaltungskraft für eine vielschichtige Zukunft ist – schließlich bietet sie den Freiraum für offenes Denken und globalen Austausch über Grenzen hinweg.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts.

Lesen Sie den Text hier!

Die Zehn neuesten politische Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates

Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates werden in seinen Fachausschüssen erarbeitet. In einer Stellungnahme werden kultur- und medienpolitische Problemfelder benannt und relevante Forderungen gestellt. Zudem zeigen Stellungnahmen entsprechende Lösungsansätze und perspektivische Handlungsempfehlungen auf. Nach der Erarbeitung im Fachausschuss entscheidet der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates final über eine Stellungnahme.

- Soziale Absicherung von Solo-Selbständigen gewährleisten – Künstlersozialabgabe weiter stabilisieren April 2021
- Resolution: Sonderfonds für Kulturveranstaltungen endlich auf den Weg bringen März 2021
- Kultur muss wieder ins Spiel. Jetzt Perspektiven schaffen! Februar 2021
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Januar 2021
- Digital-Allianz Bildung auf den Weg bringen Januar 2021

- Arbeitslosenversicherung: Zugang für Selbständige verbessern Dezember 2020
- Kultur- und Kreativwirtschaft jetzt stützen und Perspektiven geben Dezember 2020
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarkts November 2020
- Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts: Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz November 2020
- Kultur macht stark III auf den Weg bringen September 2020

Deutscher Kulturrat sucht studentische/n Mitarbeiter/in

Die Geschäftsstelle des Deutschen Kulturrates sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n studentische/n Mitarbeiter/in (m/w/d).

Tätigkeit:

- Selbständige Recherche, Aufbereitung und Erstellung von Bild- und Textmaterialien,
- Unterstützung der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen in ihrer Arbeit,
- Zuarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Gremiensitzungen und Veranstaltungen,
- Unterstützung im Bereich Online-Kommunikation und bei der Pflege des CMS,
- Text-Lektorat für diverse Veröffentlichungen des Deutschen Kulturrates,
- Unterstützung des Office Managements.

Hier geht es zur Stellenanzeige.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat